

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Großmann,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Breitling,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Nagold,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates in Nagold,
sehr geehrte Damen und Herren,

vieles im vorgelegten Haushalt ist richtig und wichtig, aber an etlichen Stellen sehen wir die Dinge grundsätzlich anders. Nicht zu kritisieren ist die Akribie des hier vorliegenden Haushaltswerkes.

ich musste 67 Jahre alt werden, um nun innerhalb von nur einer Woche zwei Mal an Wundern teilhaftig werden zu dürfen.

Nachdem der Finanzbürgermeister Breitling in einer Sitzung zur Beratung der Haushalte der kommenden Jahre ausführte, dass bei den Investitionen nur noch ein Wunder helfen könne, ist ein Wunder jetzt tatsächlich ganz kurz vor der Haushaltsverabschiedung geschehen.

Das strukturelle Minus, welches noch im 1. Haushaltsplanentwurf für 2022 in Höhe von 5,3 Millionen EURO eingeplant war, ist jetzt wegen „neuer Orientierungsdaten“ auf „nur noch“ minus 2,9 Millionen EURO reduziert worden. Ob Herr Breitling das Wunder „befördert“ hat, ist uns nicht bekannt, seine Freude über den unverhofften Geldregen teilen wir natürlich – wenn sich die Daten bewahrheiten.

Das zweite Wunder erlebte ich erst gestern als Kreisrat. Dort ist nur wenige Stunden vor Verabschiedung der Kreishaushaltes über die Tageszeitung offengelegt worden, dass der Haushalt des Landkreises Calw noch ohne die jetzt eintretenden vermehrten Aufwände für die Flüchtlingsbetreuung „extrem unsicher“ sei.

Ein Wunder ist das für mich deshalb, weil man vor der Abstimmung die unbequeme Wahrheit erfahren hat – leider nicht rechtzeitig, aber immerhin.

Häufig erfahren wir die tatsächlichen Wahrheiten in der Politik erst nach den Wahlen.

Ich glaube nicht an Wunder und an Zufälle glaube ich noch weniger, seit ich Stadt- und Kreisrat bin. Ich glaube vielmehr, dass wir steuerzahlenden Bürger mehr und mehr zum Spielball einer

immer dominanter werdenden Verwaltung sind – die freilich nur das umsetzt, was „von oben“ kommt.

Genau wie gestern im Kreishaushalt kritisiere ich deshalb heute, dass der steuerzahlende Bürger auch im Haushalt der Stadt Nagold nur noch als Zahlmeister vorkommt. Er ist ein wehrloses Opfer eines immer gieriger werdenden Staates.

Allein in Nagold sind folgende Erhöhungen im laufenden Jahr vorgenommen worden:

- die Benutzungsgebühren Badepark
- die Benutzungsgebühren städtischer Kindergarten
- die Benutzungsgebühren Stadtbibliothek,
- die Benutzungsgebühren Musikschule
- Parkgebühren
- Anwohnerparkausweise (um 500%)
- Gebühren für städtische Hallen
- Erhöhung der Grundsteuer B von 420% auf 470%
- Erhöhung der Pachtbeiträge für landwirtschaftlich nutzbare Flächen

Im Erläuterungsbericht des Kämmerers wird für diese Erhöhungen das verharmlosende Wort „Anpassungen“ verwendet. Das Leben eines Bürgers erschöpft sich aber nicht nur darin, kommunale Gebühren zu entrichten.

Die neue Regierung in Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, nach der desaströsen Energiewende, die uns nach Schätzung von Fachleuten 1.500 Milliarden EURO kosten wird, ist Deutschlands Wirtschaft ökologisch umzubauen und damit die nächste finanzielle Fallgrube auszuheben.

Das sei übertrieben, meinen Sie?

Ich glaube nicht.

Herr Breitling hat zu Recht erkannt:

Obwohl gesamtwirtschaftlich stabile Rahmenbedingungen herrschen, reichen die Erträge nicht aus um einen ausgeglichenen Haushalt 2022 ausweisen zu können

Ich hätte angefügt:

- obwohl stabile Rahmenbedingungen herrschen,
- obwohl die Zinsen historisch niedrig sind,
- obwohl die Gelddruckmaschine im Euroland auf Hochtouren läuft,
- und obwohl die Steuerzahler ausgequetscht werden wie eine Zitrone, reichen die Erträge nicht aus....

Was also wird passieren, wenn sich an diesen Rahmenbedingungen etwas grundsätzlich ändert?

Die Verantwortlichen für den Haushalt der Stadt Nagold scheinen sich ihrer Sache auch nicht ganz so sicher zu sein, denn insbesondere bei den von uns nun schon seit Jahren kritisierten, weil stetig steigenden Personalaufwendungen hat man die bisher, ich zitiere:

„Perspektivischen Vorkalkulationen“ über Bord geworfen und hält sich ausdrücklich das Hintertürchen offen, unterjährig nachjustieren zu müssen.

Im Klartext heißt das: Die Luft ist rausgelassen und keine Reserven sind mehr berücksichtigt.

Ich habe gestern im Kreistag kurz vorgetragen, dass die Personalkosten im Kreis seit 2011 um ziemlich genau 50% gestiegen sind. Die Personalaufwände in der Stadt Nagold sind aber seit 2011 nicht um 50% sondern um fast **70% gestiegen**.

Begründet wird dies glaubhaft mit immer weiter steigenden Anforderungen von Land und Bund.

Die Frage muss trotzdem erlaubt sein, woher der Bürger das Geld für alle diese Erhöhungen hernehmen soll.

Die Bürgerschaft besteht nicht nur aus Oberbürgermeistern, Bürgermeister, Landräten und gehobenen Verwaltungsfachleuten, sondern in der Masse aus treu und brav arbeitenden Angestellten, Gastronomen, Arbeitern, Handwerkern, Monteuren, Fernfahrern, Polizisten, Krankenschwestern, die häufig am Existenzminimum leben.

Ich habe bei allen Beratungen niemand gehört, der sich für diese Gruppe stark gemacht hätte.

Unsere Baustellen würden ohne die Arbeiter hauptsächlich aus den östlichen Nachbarländern längst zum Erliegen kommen. Von Umweltschutz redet in diesem Zusammenhang erstaunlicherweise niemand, wenn zigtausende Arbeiter und Monteure an den Wochenenden heimfahren und Sonntagabends wieder zurück. Mit dem Fahrrad geht das nicht. Unser

Transportwesen ist auf Speditionen mit hauptsächlich ausländischen Fahrern aufgebaut, denen man in der gesamten Pandemie noch nicht einmal ein warmes Mittagessen auf den Raststätten gegönnt hat, denen man aber verboten hat, in ihren warmen Führerhäusern zu schlafen. Ich schäme mich für derartige Zustände und ich weiß aus unzähligen Gesprächen wie groß der Zorn mittlerweile geworden ist.

Alle diese Menschen plagen nicht Luxusprobleme, z.B. ob sie mit dem Fahrrad trocken zu ihrer Arbeitsstelle kommen können, dort warm duschen und mittels frisch geladenem E-Bike auf Kosten der Allgemeinheit abends möglichst schnell wieder zur Freizeitvergnügung nach Hause kommen.

Diese „normalen“ Menschen kommen in ihrem Haushalt, sehr geehrter Herr Großmann, sehr geehrter Herr Breitling einfach nicht vor.

Im Gegenteil:

Auf S. 12 Ihrer Stellungnahme zum Haushalt kündigen Sie bereits an, ich zitiere: „Dass es alle zwei Jahre Gebührenanpassungen zwischen 15-30% vorzunehmen gäbe“, um, ich zitiere erneut: „den Anschluss an das Baden-Württembergische Niveau nicht vollständig zu verlieren.“

In Ihrem Erläuterungsbericht schreiben Sie sogar, Herr Breitling, von einem „maßlosen Rückstandes“ des Elternanteiles zu den Kita-Gebühren im Vergleich mit anderen Kommunen.

Es geht u.E. aber keineswegs darum, ein einheitlich hohes Niveau der Belastung der Bürger zu schaffen, sondern es geht darum, dass sich die Bürger das Leben noch leisten können müssen.

Weil vorhersehbar ist, dass sich Not und Armut in Deutschland und damit auch in Nagold ausbreiten werden, haben wir vorgeschlagen, das ehemalige Notariat in Nagold als Begegnungsstätte und Zufluchtsort für sozial Schwache, Arme, Kranke und Alte zu nutzen.

Ich bin mir aber schon jetzt sicher, dass alle anderen Parteien diesem Antrag nicht folgen werden, da ja noch immer Konsens ist, alle Anträge der AfD abzulehnen.

Ob das demokratisch ist, kann jeder selbst beantworten.

In Zeiten des sich abzeichnenden wirtschaftlichen Niedergangs muss aus unserer Sicht leider auch die Weltrettung verschoben werden, eine sichere, bezahlbare Energieversorgung oberste Priorität haben. Unnütze Umweltschutzprojekte müssen zurückstehen bis sich die Lage gebessert hat.

Allein sicher scheint, dass in Nagold ab 2025 alle Investitionen über Kredite finanziert werden müssen – es sei denn, dass das eingangs beschriebene Wunder geschieht. Daran glaube ich aber nicht!

Eher, dass sich die Schulden auf über 65 Mio. EURO aufsummieren, wie von den ausgezeichneten Mitarbeitern der Kommune prognostiziert.

Deshalb ist es für mich völlig unverständlich, eine über Jahrzehnte gut funktionierende Strom- und Gasversorgung übernehmen zu wollen, die Investitionsrisiken im zweistelligen Millionen-EURO-Bereich zur Folge haben – und dies alles bei schlechterer Versorgungssicherheit.

Herr Großmann, Sie haben gestern im Kreistag als einziges Rezept gegen die Pandemie „impfen, impfen, impfen, verlangt. Wie erklären Sie sich, dass in Ländern trotz 100%iger Impfquote die Infektionen dramatisch anstiegen? Wollen Sie am Schluss alle vier Wochen und auch noch die Säuglinge impfen lassen? Wir wissen, dass die Impfungen nicht die erwünschte Wirkung und Haltbarkeit haben – leider!

Einstein würde dazu vermutlich sagen: Irrsinn ist, immer das gleiche zu tun, aber auf ein anderes Ergebnis zu hoffen!

Diese Politik der massenhaften Durchimpfungen dient keineswegs der Erhaltung der „Volksgesundheit“, wie man uns glauben machen möchte.

Sie dient dazu, die Fehler der Vergangenheit zu Lasten der Bürger zu vertuschen. Der jetzige Pflegenotstand ist hausgemacht, ebenso die Reduzierung der Krankenhäuser. Seit über 30 Jahren wurden hier gravierende Fehlentscheidungen getroffen, auch in Nagold. Dringend notwendiges Personal im Gesundheitswesen ist abgebaut, dafür sind Stellen mit klingenden Namen, wie

- Naturschutzbeauftragte
- Frauenbeauftragte
- Jugendbeauftragte
- Klimaschutzbeauftragte
- Klimaschutzmanager
- Integrationsbeauftragte
- Eventmanager
- Archivar
- ÖPNV – Beauftragte
- Ausländerbeauftragte
- City-Manager u.a.m.

geschaffen worden.

All das muss auf den Prüfstand, jetzt, wo man nach über 30 Jahren völlig überrascht festgestellt hat, dass Pflegekräfte fehlen. Ich sage Ihnen voraus, dass die Impfpflicht für die Pflegekräfte wie ein Brandbeschleuniger wirken wird – auch im Krankenhaus Nagold. Die Leute haben die Nase voll und deshalb gehen sie.

Ich habe letzte Woche erfahren, dass das Jugendhaus mit rd. 300.000,00 € pro Jahr unterstützt wird, bei vielleicht 30 oder 40 Nutzern. Wir reden hier über die Jahre also über mehrere Millionen EURO. Ich bekenne mich schuldig! Ich habe als Jugendlicher für das Jugendhaus demonstriert. Heute frage ich mich: Was bitteschön bekommen mehrere Tausend andere Jugendlichen in Nagold, die nicht diese Einrichtung in Anspruch nehmen?

Wir sind auch der Meinung, dass sich der EDV-Bonus in den Personalkosten bemerkbar machen müsste. Immerhin ist dafür im Jahr 2022 eine Million EURO vorgesehen. Die Notwendigkeit bestreiten wir nicht – aber: Wann bildet sich die Effizienzsteigerung dieser Maßnahmen in den Personalkosten ab?

Dass wir bereits vor einem Jahr gegen die Eisbahn gestimmt haben, ist bekannt. Es gilt in Zeiten der Pandemie noch mehr. Wenn Weihnachtsmärkte aus Hygieneschutzgründen abgesagt werden, darf eine derartige Veranstaltung nicht auch noch im Radio beworben werden.

Wir hätten uns anstelle einer klimafeindlichen Eisbahn mehr Geld für die Heimatpflege gewünscht, die mit wenigen Hundert EURO pro Dorf sehr „mager“ ausgefallen ist.

Schutz und Forderung der Heimat ist aus unserer Sicht in Zeiten einer enthemmten Globalisierung ganz besonders wichtig und bedarf deshalb deutlich höherer Unterstützung.

Auffällig ist auch, dass im Haushalt 2022 um 100.000,00 € höhere Rechtsberatungskosten eingestellt wurden, als noch im Jahr 2000 verbraucht worden sind.

Vermutlich macht sich hier die unausweichliche Auseinandersetzung mit der EnBW über den Kauf der Netze und der Übernahme durch die neue Gesellschaft Stadtwerke Tübingen/Stadtwerke Nagold schon im Voraus negativ bemerkbar.

Als Stadtrat habe ich persönlich Klage gegen unseren Oberbürgermeister eingereicht, weil ich der festen Überzeugung war und bin, dass ich bei der Abstimmung nicht befangen war und durch meinen – aus meiner Sicht rechtswidrigen - Ausschluss die Probleme, die sich durch eine Übernahme der Energieversorgung ergeben können, nicht diskutiert werden sollten.

Ich bin aber von den Wählern nicht in den Stadtrat entsendet worden, um allen Verwaltungsvorschlägen kritiklos zu folgen, namentlich dann nicht, wenn Fachkenntnis und Lebenserfahrung eine völlig andere Beurteilung der Sachlage geradezu erzwingen.

Ich bedaure sehr, dass der Stadtrat der Stadt Nagold dieses jahrelang detailliert vorbereitete Vorhaben nicht vorurteilsfrei und fachlich fundiert diskutieren konnte.

Es bleibt für mich ein mehr als ungutes Geschmäcke zurück, auch und gerade im Hinblick auf die mehrjährige Vorgeschichte dieser Abstimmung vom 17.11.2020.

Ich möchte eines klarstellen: Niemand klagt freiwillig und ohne Not gegen seinen Bürgermeister. Wenn aber die Rechte und Pflichten eines gewählten Bürgervertreters von Amtswegen mit Füßen getreten werden, bleibt (leider) keine andere Wahl.

Diese Auseinandersetzung ändert nichts daran, dass wir als AfD konstruktiv im Stadtrat mitarbeiten.

Der Oberbürgermeister hat ein Schmankerl im Sinn, wenn er die Burgruine Hohe Nagold touristisch aufwerten möchte.

Nach erster anfänglicher Skepsis würden wir dieses Vorhaben dann - und dies sogar außerordentlich begrüßen – wenn hier vom üblichen Einsatz von Steuergeldern abgesehen würde.

Wir können uns vorstellen, dass Maurerklassen von Berufsschulen aus dem ganzen Land für ein derartiges Vorhaben begeistert werden könnten und so, neben dem Lernerfolg für traditionelles Sichtmauerwerk auch die eingangs von uns verlangte Stärkung der Heimatpflege quasi automatisch stattfinden würde.

Wir würden diese Auszubildenden im Waldeck wohnen lassen wollen, so dass für dieses Gebäude die nächsten Jahre eine sinnvolle Anschlussnutzung bestehen würde.

Finanziert werden könnte die ganze Maßnahme durch kostengünstige Bereitstellung von Material aus den hiesigen Steinbrüchen, aber auch durch Reduzierung der Zuschüsse für das Jugendzentrum und die Kürzung des Budgets 427100112 Öffentlichkeitsarbeit – Werbung.

Diese Öffentlichkeitsarbeit wäre mit dem Wiederaufbau bzw. der Teilsanierung der Burg in vielfacher und nutzbringender Weise verbunden.

Es kommt hinzu, dass wir ja schließlich mit dem Oberbürgermeister Großmann einen ausgewiesenen Medienprofi in der Stadt haben, dessen alleiniges Erscheinen bei der Presse schon die gewünschten Erfolge auslöst.

Wir haben deshalb zwei Anträge eingebracht, die genau diesen Sachverhalt darstellen und freuen uns, dass wir unsere Vorstellungen im Rahmen dieser Haushaltsrede einer breiten Öffentlichkeit nahebringen können – es könnte ja sein, dass die Anträge verloren gehen.

Ansonsten bewerten wir den Haushaltsplan der Stadt Nagold für das Jahr 2022 so, dass dort noch keine harten Sparzwänge abgebildet sind. Noch kann sich die Stadt vieles leisten.

Viel höher ist der Sparzwang beim Bürger, der, wenn er nicht gerade durch Impf-verweigerung seinen Arbeitsplatz verloren hat, 40% höhere Kosten für Heizung mittels Öl und Gas, 20%

höhere Kosten für Benzin und Mobilität bezahlen muss, die zum 01.01.2022 nochmals deutlich teurer wird. Die höchsten Strompreise der Welt haben wir schon – 1 Million Bürger können diese Kosten regelmäßig nicht mehr aufbringen. Ihnen wird der Strom abgestellt.

Wir als AfD sehen große Probleme auf unser Gemeinwesen zukommen und mir ist, mittlerweile auch als Opa angst und bange um unsere Kinder und Enkel.

Den Mitgliedern der Verwaltung danke ich ganz ausdrücklich für Ihre Arbeit, und insbesondere denen, die auch in der Stadt besonders unter den Coronamaßnahmen gelitten haben.

Ich meine damit die Pflegerinnen und Pfleger, Ärzte, Polizisten, Lehrer, aber ich meine auch die vielen Frauen - meist sind es ja Frauen, die aufopfernd zu Hause ihre Angehörigen daheim pflegen und für die sich nur selten eine Lobby findet.

Ihnen Allen wünsche ich trotz aller Restriktionen ein schönes Weihnachtsfest, einen guten Jahresbeginn, weisungsgemäß aber für mich unverständlicherweise ohne die kleine Freude eines privaten Feuerwerks vor allen Dingen Gesundheit, verbunden mit dem Wunsch, dass die von Staat und Medien befeuerte Hysterie bald zu Ende gehen möge.

Ach ja – bevor ich es vergesse, wir lehnen den Haushalt 2022 ab.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Günther Schöttle
AfD-Gruppe